

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 29. November 1905

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Lösung der Frage. Von Rosa Luxemburg. — Das Frauenstimmrecht vor dem bayerischen Landtag. — Jugend und Sozialismus. XV. Von Marie Schielewski. XVI. Von Rosa Wolf. — Ein Nachwort zu den Verbandstagen der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen. II. — Die Proletarierinnen Österreichs und der Wahlrechtskampfs. Von Emma Freundlich. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Jahresbericht der weiblichen Vertrauenspersonen Berlins. — Genossin Jolland † — Klara Müller-Jahns † — Politische Rundschau. Von G. L. — Genossenschaftliche Rundschau. Von Simon Rogenstein. Notizenteil: Der Kampf in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Quittung. Feuilleton: Herren und Knechte. Von John Henry Mackay. (Gedicht.) Zerklüfter. Von Ada Christen. (Schluß.)

Die Lösung der Frage.

Die Sache der Revolution marschiert im Zarenreich mit eherner Logik vorwärts. In diesem Moment beginnt die Phase der Bauernunruhen, die Revolution pflanzt also ihr Banner auf dem platten Lande auf. Bis jetzt, seit Beginn der revolutionären Periode, schwiegen die russischen Bauern. Das industrielle, von der Sozialdemokratie seit anderthalb Jahrzehnten in unermüdlicher Aufklärungsarbeit beeinflusste städtische Proletariat war zuerst auf dem Baine erschienen, es blieb bis jetzt der alleinige Träger der gewaltigen Revolution und es ist dazu berufen, dank seiner Klassenlage, der Klarheit, entschiedenste, am weitesten gehende und deshalb der führende Teil des immer mehr wachsenden revolutionären Heeres in Rußland zu bleiben. Zur Sache des städtischen Proletariats hat sich bereits, und zwar noch vor der Bauernmasse, das Militär zu Lande und zu Wasser geschlagen. Die denkwürdige Rebellion des „Potemkin“ im Schwarzen Meere, dann die Erhebung der Matrosen in Kronstadt, an der Pforte selbst der zarischen Residenz, gleich darauf der Aufstand der Mannschaften im fernen Wladivostok, in Charbin, das ist eine Reihe von Explosionen, welche die ganze russische Marine — im Süden, im Norden wie im Osten — in heftiger Gärung zeigen. Und überall ist es nicht etwa ein tobender Ausbruch wilder unklarer Leidenschaften eines betrunknen „Mobs“, wie die offiziellen Telegraphenagenturen vorzulügen pflegen, um natürlich bei unserer bürgerlichen Presse, allen voran bei den „liberalen“ Blättern, frommen und willigen Glauben zu finden. Nein, es ist der Geist der politischen Aufklärung, des proletarischen Bewußtseins, das Werk der sozialdemokratischen Erziehung, was in allen bisherigen sogenannten „Meutereien“ der russischen Marine zum Ausdruck kam. Auf dem „Potemkin“ wie in Kronstadt waren es organisierte Sozialdemokraten, die der Bewegung voranmarschierten; die klar und deutlich formulierten Forderungen, von ausgesprochen politischem und zugleich proletarischem Charakter gaben der Rebellion in allen Fällen das Gepräge einer durch und durch klassenbewußten, revolutionären Aktion. Und wenn Brandstiftung, Mord, Suss und Plünderung alle diese Erhebungen wie dunkle Schatten begleiteten, so ist es bereits vor aller Welt offen erwiesen, daß es die Schurkenbande des Zarismus war, die durch die systematische Aufschüttelung des Lumpenproletariats unter Anführung der Pfaffen und der Polizei die revolutionäre Erhebung der Marinemannschaften, wie auch der Industriearbeiter in den Städten, in einer Schmutzwelle des Verbrechens zu erschicken suchte. Mord, Brandstiftung und Plünderung waren nicht von den „meuternden“ Matrosen, sondern von den gedungenen „Ordnungsträgern“ des Absolutismus als Kampfmittel gegen die Matrosen ins Werk gesetzt. Aber nicht nur in der Marine, auch unter den Landtruppen des letzten Nikolaus reißt der Same der Revolution mit jeder Stunde. Bereits bei den Versuchen des Absolutismus, die Matrosenrebellion mit blanker Waffe niederzumachen, versagte das Militär mehrmals. Zweimal ergaben sich in Kronstadt die zur Abschachtung der Marinemannschaften abgeordneten Regimenter. Mehrmals verweigerten die Soldaten in den Städten bei Rencontres mit demonstrierenden Proletariern den Gehorsam. In Moskau, bei dem denkwürdigen grandiosen Begräbnis des von den Zarenschurken ermordeten

Sozialdemokraten Baumann, waren unter den zirka 200 000 Menschen, die den Demonstrationenzug bildeten, massenhaft Militärs vertreten; um das an der Spitze des Zuges getragene riesige Banner der Sozialdemokratie bildete eine Gruppe höherer Offiziere mit blankgezogenem Säbel die Ehrenwache; in der lebendigen Kette, die den ganzen Riesenzug entlang von beiden Seiten Spalier bildete, reichten sich in bunter Abwechslung Arbeiter, Studenten, Frauen, Soldaten und Offiziere die Hand. Nicht bloß in den Reihen der „Gemeinen“, auch in Offizierskreisen erhebt der fortschrittliche revolutionäre Teil immer kühner die Stimme gegen die willigen Mordbuben des Zarismus. Das Militär im ganzen, von einer fieberhaften Agitation der Sozialdemokratie in Atem gehalten, wird mit jedem Tage unzuverlässiger, untauglicher als Stütze der zusammenbrechenden Alleinherrschaft.

Damit findet aber eine der wichtigsten taktischen Fragen ihre Lösung, die auch bei uns in Deutschland, wie überall, den opportunistischen Kalkulatoren des Klassenkampfes arges Kopfzerbrechen bereitet. Wie kann irgend eine Massenaktion der modernen Arbeiterklasse, sei es auch nur eine Reihe größerer Straßendemonstrationen, ein Massenstreik auf Erfolg rechnen, da wir doch auf die starre Wand des Militarismus, auf die stahlblinkenden Bajonette stoßen, gegen die wir, das wehrlose Proletariat, ganz ohnmächtig sind? So pflegen uns diejenigen zuzurufen, die sich eine Massenaktion der Proletarier nicht anders als in dem starren Milieu, in der kalten Atmosphäre des ruhigen parlamentarischen Alltags vorstellen können. Sie vergessen immer und immer wieder, daß eine ernste Massenaktion des Proletariats selbst nicht anders als in einer revolutionären Situation stattfinden kann, in einer Situation, die bereits die ganze Volksmasse, das ganze Land in Gärung gebracht hat. Ist dem aber so, dann erscheint auch die „starre Wand der Bajonette“ unter einem ganz anderen Gesichtswinkel, denn in den revolutionären Momenten, wo die Sache des kämpfenden Proletariats zur Sache des ganzen arbeitenden Volkes, zur Sache aller Ausgebeuteten und Unterdrückten wird, da erwacht auch im Soldaten der Bürger, der Sohn des Volkes, der Proletarier. Diejenigen, die das heutige Militär als eine unwandelbare feindliche Macht der Revolution des Volkes entgegenstellen, vergessen, daß die Revolution das Militär selbst in ihren Strudel zieht, sie vergessen hinter dem äußeren Kampflärm der Revolution ihre gewaltigste sozial und historisch wichtigste Seite: das politische Erziehungswerk der Revolution. Und dieses vollzieht sich nicht bloß an der Masse des Proletariats, an breiten Schichten des Bauerntums, des Kleinbürgertums, sondern auch an dem in den „Rock des Königs“ gesteckten Teil der Volksmasse.

Die russischen Ereignisse haben wieder einmal erwiesen, daß die Revolution, die neue politische und soziale Probleme aufwirft, auch selbst in ihrem Schoße die Lösung dieser Probleme bringt. Die russische Revolution ist also wieder einmal zugleich eine Mahnung an die Kleingläubigen und zaghaften Rechenmeister in unseren eigenen Reihen, wie eine Warnung an die herrschenden Klassen, die durch immer neue Militär- und Flottenvorlagen auch bei uns Geister auf die soziale Oberfläche rufen, die sie einst nicht zu bannen verstehen werden. Rosa Luxemburg.

Das Frauenstimmrecht vor dem bayerischen Landtag.

28 Zentrumsabgeordnete haben im bayerischen Landtag unter Führung des Dr. Heim sich für das Frauenstimmrecht erklärt. Das ist ein politisches Ereignis von großer symptomatischer Bedeutung. Es bestätigt, was bereits der Katholikentag zu Straßburg kündete: Unter dem Druck der Zuspitzung der Klassegegensätze und der Verschärfung der Klassenkämpfe zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten beginnt sich im Zentrum eine vollständige Schwenkung in der Stellung zur Frauenfrage zu vollziehen. Daß diese „Umsenkung“ im bayerischen Landtag zum Ausdruck gelangte, kam so: Gelegentlich der Beratung der Wahlrechtsreform hatte der bayerische Landtag sich mit einer Petition des Verbandes für Frauenstimmrecht zu befassen. Wie früher schon und stets,

so trat auch diesmal die Sozialdemokratie als grundsätzliche Anhängerin des vollen Bürgerrechtes der Frau auf den Plan. Genosse v. Vollmar, der zu den ältesten Vorkämpfern für die Gleichberechtigung der Geschlechter in unseren Reihen zählt, führte aus:

„Es ist von meiner Partei wiederholt erklärt worden, daß wir beim Zustandekommen dieses Gesetzes eine Reihe von großen Opfern gebracht haben, und daß es uns leid tut, daß eine ganze Reihe unserer Anregungen ihre Erfüllung nicht gefunden haben. Zu diesen Dingen gehört auch das Frauenstimmrecht. Daß in einer Zeit, in der eine Reihe unserer Forderungen, wie das Proportionalwahlverfahren, immer noch nicht genug Freunde in diesem Hause haben, das Frauenstimmrecht erst recht keine Freunde finden werde, war ganz begreiflich. Dieses große Vorurteil wird über kurz oder lang verschwinden müssen. Kämpfe wird es genug kosten. Es ist heute schon insoweit ein Fortschritt zu verzeichnen, als man nicht wie früher schon beim bloßen Worte „Frauenstimmrecht“ ausgelacht wird von Staatsbürgern, die sich mit ihrer männlichen Erhabenheit brüsten. Ich glaube, so geschickte wie viele Männer würden die Frauen ihr Wahlrecht auch gebrauchen. Was nach dieser Richtung fehlt, würde mit der Zeit von ihnen ebenso erworben werden wie von den Männern. Deshalb erkläre ich, daß wir mit der Petition vollständig einverstanden sind, und daß wir, wenn die Gelegenheit günstig ist und die Disposition der Geister eine bessere ist, daß wir dann das unsere tun werden, um auch dieses Recht zu erlangen.“

Zum erstenmal ereignete es sich nun in einem deutschen Parlament, daß Arm in Arm mit der Sozialdemokratie ein Zentrümder die Welt des spießbürgerlichen Vorurteils gegen das Frauenwahlrecht in die Schranken forderte. Der Abgeordnete Dr. Heim beäwortete die Petition in dieser Rede:

„Ich bin in der Lage, im Namen allerdings ganz weniger meiner politischen Freunde zu erklären, daß auch wir für die Petition betreffend das Frauenstimmrecht stimmen werden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten. Heiterkeit.) Ein momentanes Lachen über den Gedanken, den ich damit ausspreche, geniert mich durchaus nicht, ihn zu vertreten. Es ist schon manches verlacht worden, endlich beacht' worden und dann gemacht worden. Der Zeitpunkt, wo wir noch das Frauenstimmrecht bekommen werden, wird viel schneller kommen, als die glauben, die über den Gedanken lachen. Wenn die Tatsache besteht, daß es heute Frauen gibt, die ihren Mann ernähren und nicht der Mann die Frau (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), so müßte mindestens doch der ernährte Teil auch derjenige sein, der das Recht hat, im politischen Leben mitzusprechen, denn er ist für das wirtschaftliche und das politische Leben ein ganz anderer Faktor wie der andere, der geschleift wird. Ist unsere Schar auch klein, ich glaube, es wird gerade so gehen wie in anderen Fällen, die Schar derer, die unserem Gedanken sich anschließt, wird immer größer werden. Kommen muß es, und Herr Kollege v. Vollmar hat nicht unrecht, wenn er sagt, es ist vielleicht bei den Frauen mehr politisches Verständnis unter Umständen zu erwarten wie bei den Männern. Mindestens werden manche Frauen am Tage der Wahl nicht im Wirtschaftshaus sitzen und nicht wählen, sondern von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen. Ich kann also wie gesagt hiermit ankündigen, daß ein Teil von uns für die Petition stimmen wird.“ (Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Große Heiterkeit.)

Der Antrag, die Petition für das Frauenstimmrecht der Ersten Kammer zur Würdigung zu überweisen, wurde, wie zu erwarten, trotz der beiden Reden abgelehnt. Für ihn stimmten alle sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, 23 Zentrümder — darunter außer Dr. Heim Gerstenberger, Schirmer, Lerno und Dr. Schäbler — und ganze drei Liberale, sage und schreibe drei Liberale. Der auf den Hund gekommene bürgerliche Liberalismus blamierte sich durch seine Haltung wieder einmal bis auf die Knochen. Er bewies, daß er weniger liberal ist als das Zentrum! Der berüchtigte „Dank vom Hause Habsburg“ für die radikalen Frauenrechtlerinnen, die bei der letzten bayerischen Landtagswahl mit dem größten Eifer der liberalen Partei Hand- und Spanndienste geleistet haben. Wie überschwingliche Hoffnungen hatten die Damen nicht an diese ihre Mitarbeit geknüpft, wie tirillierten sie nicht von der „Erneuerung des Liberalismus“ durch den Einfluß der bürgerlichen radikalen Frauenrechtelei. Und nun bringt dieser besungene erneuerte Liberalismus drei Stimmen für das Frauenstimmrecht auf und läßt sich an geschichtlicher Einsicht und politischer Klugheit durch das Zentrum beschämen! Mit unbarmherziger Schärfe beleuchteten die Vorgänge im bayerischen Landtag die trostlose Unfähigkeit der Frauenrechtlerinnen, die geschichtliche Entwicklung zu begreifen.

Denn das ist das Entscheidende und Bedeutsame. Weber die schimpfliche, zopfige Haltung der Liberalen, noch die fort-

schriftliche Strömung im Zentrum sind überraschende Erscheinungen. Umgekehrt: sie konnten mit mathematischer Sicherheit von jedem vorausgesehen werden, welcher das geschichtliche Werden verfolgt. Im letzten Grunde sind beide Erscheinungen Früchte, welche am Baume des Klassenkampfes zwischen Arbeit und Kapital reifen. Mit der Verschärfung des Klassenkampfes zwischen Arbeit und Kapital verliert der bürgerliche Liberalismus den Willen und die Kraft, auch nur im bürgerlichen Sinne liberal zu sein und die Forderungen voller Demokratie zu vertreten. Das Zentrum dagegen, seinem Wesen nach nicht weniger reaktionär und arbeiterfeindlich gesinnt als der bürgerliche Liberalismus, sucht der Entwicklung anders zu begegnen. Statt sich gegen Neuerungen zu stemmen, die unaufhaltsam sich durchsetzen, strebt es diese seinen Interessen, den Interessen der Kirche, dienstbar zu machen. Der Grundgedanke des Apostels Paulus, „das Weib schweige in der Gemeinde“, die Erklärungen sämtlicher Apostel, Kirchenväter und Konzilien über die Minderwertigkeit der Frau und ihr politisches Nichtsein beginnen vor der Macht des lebendigen geschichtlichen Lebens zu kapitulieren. Die wirtschaftliche Revolution der Frauenstellung schlägt das kirchliche Dogma vom Weibe „als einer Rippe“, einer Dienerin, einem Bündel des Mannes. Das Frauenstimmrecht wird mit der Zeit für das Zentrum zu einem unentbehrlichen, zu dem letzten Mittel, seine Herrschaft über breite Volksmassen noch aufrecht zu halten. Es soll Ersatz schaffen für die Männerstimmen, die ihm die Sozialdemokratie mehr und mehr entzieht.

Was wir vor kurzem über den sich vollziehenden Entwicklungsgang ausführten (Nr. 18 „Klerikaler Frontwechsel“), ist durch die Behandlung des Frauenstimmrechtes im bayerischen Landtag rasch bestätigt worden. Wir steuern der Zeit entgegen, wo das Zentrum zu Ruh und Frommen der Kirche und der bestehenden Klassen die Frau in der Gemeinde sprechen lassen will. Sorgen wir durch die Erweckung und Schulung des proletarischen Klassenbewußtseins in den Frauenmassen dafür, daß sie nicht als Hüterinnen der sozialen Reaktion das geschichtliche Blachfeld betreten, sondern als Kämpferinnen für die soziale Revolution.

Jugend und Sozialismus.

XV.

Alles, was bisher von Genossen und Genossinnen Wissens- und Beteiligenswertes zu dem obigen Thema geschrieben worden ist, beweist die wachsende Erkenntnis davon, wie nötig es ist, unsere Jugend zum Sozialismus zu erziehen. Es ist eine ernste Aufgabe, sich über die Mittel und Wege klar zu werden, welche diesem Ziele dienen, denn sicher ist, daß etwas Bestimmtes geschehen muß.

Allerdings scheint auch mir, daß auf die zehn- bis vierzehnjährigen Kinder nur indirekt im Sinne des Sozialismus eingewirkt und dadurch das Verständnis für denselben, die Liebe zu ihm vorbereitet werden kann. Das muß durch Wort und Schrift geschehen, und vor allem durch die Tat der Eltern im Hause, das muß aber auch durch verständnisvolle Maßnahmen der Parteiorganisation gefördert werden.

Was die Schwierigkeiten anbelangt, welche die Behörden der Jugendaufklärung, und insbesondere gewiß ganz besonders der Tätigkeit von Jugendheimen entgegenstellen werden, so kann ich ein Beispiel von der Art dessen berichten, das Genosse Davidsohn in Nr. 20 mitgeteilt hat. Es zeigt, daß den „hohen Obrigkeiten“ die kleinlichsten Schikanen nicht zu kleinlich sind, wenn sie im Interesse der heiligen Geldsackordnung den Sozialismus bekämpfen können. Auch in Magdeburg ließ sich eine Anzahl Genossen und Genossinnen schon im vorigen Jahre angelegen sein, etwas für die Erziehung der proletarischen Jugend zu tun. Jeden Sonntagvormittag zwischen 11 bis 1 Uhr versammelten sich zehn- bis vierzehnjährige Knaben und Mädchen in einem Gesellschaftssaal von Magdeburg-Neustadt unter Aufsicht und Leitung von Erwachsenen, beziehungsweise der Eltern. Die Kinder vergnügten sich an Turn- und Kampfspiele, übten Chorgesänge und dreistimmige Volkslieder unter der Leitung eines Gesangslehrers ein. Bei schlechtem Wetter und während der Pausen wurden Erzählungen, ausgewählte Stücke aus Jugendschriften usw. vorgelesen. Kurz, die Veranstalter der Zusammenkünfte ließen sich anergehen sein, nach besten Kräften durch Verbindung von Unterhaltung und Belehrung Gutes für Körper, Geist und Gemüt der Kinder zu wirken. Die Freude und das Glück der kleinen Proletarier wahrte jedoch nicht lange. Vier Wochen vor Weihnachten erschienen plötzlich sechs Geheimpolizisten unter Führung eines Kriminalkommissars in der Gesangsstunde und hoben die Zusammenkunft auf; die Namen der anwesenden Kinder und Erwachsenen wurden notiert, die mit der Aufsicht und Leitung betrauten Genossen und Genossinnen einem scharfen Verhör unterzogen. Es erfolgte das Verbot der Gesangsstunden und der Vorlesungen unter Androhung von 150 Mk. Geldstrafe für jeden Übertretungsfall. Die Veranstaltungen, so hieß es, seien als Privatunterricht anzusehen, für den nach Paragraph 10 und 11 eine Erlaubnis der betreffenden Schulbehörde eingeholt werden müsse. Die Verurteilung gegen diese Entscheidung wurde zurückgewiesen.

Jedoch die Hindernisse, auf die wir bei Ausführung unserer Absicht stoßen, dürfen uns nicht abhalten, eine Organisation der schulentastenden Jugend anzustreben und auf alle Fälle die sozialistische Erziehung derselben ernstlich in Angriff zu nehmen. Meiner Ansicht nach könnten außer den Turn- und Gesangsvereinen auch die Frauenbildungsvereine und Frauenchöre viel dazu beitragen, die jugendlichen Proletarier zu sammeln und mit sozialistischer Gesinnung zu erfüllen. Durch entsprechende Unterhaltungs-, Rezitations-, Lese-

Diskutierabende, an denen sowohl unsere Klassen wie zeitgenössische Dichter zum Worte kommen, an denen sorgfältig gewählte Stücke aus den Werken der großen sozialistischen Denker, leichtverständliche Abhandlungen aus der sozialistischen Literatur, den Naturwissenschaften, der Völkerkunde usw. vorgelesen und besprochen werden, kann in dieser Hinsicht sehr viel geschehen. Die jungen Leute beider Geschlechter werden sich durch den Gedanken gehoben fühlen, daß sie Gegenstand der Fürsorge sind, und daß sie selbst mittun dürfen, wenn auch zunächst nur bei Unterhaltungen, geselligen Zusammenkünften und Festen. Ihre Begeisterungsfähigkeit wird beste Nahrung finden, ihr Geist Anregung und Belehrung. Das sozialistische Empfinden, das vom Elternhaus geweckt und entwickelt worden ist, kann so allmählich zu bewußter sozialistischer Erkenntnis heranreifen, die nach gründlicher Schulung und ernster Betätigung verlangt.

Möchte die Diskussion der Jugendfrage noch recht viele praktische Winke für die Erziehung zum Sozialismus zutage fördern. Möchte sie unter anderem auch die Genossen und Genossinnen zu intensivster Aufklärungsarbeit unter den Proletariern und Proletarierinnen anspornen, welche noch nicht zum Bewußtsein ihres Wertes und ihrer Macht erwacht sind. Je mehr der Sozialismus auch in die gedrückteste, nutzloseste Arbeiterfamilie dringt, je mehr Eltern sein Wort zum Kampfe aufreißt und zum Bewußtsein ihrer Pflicht gegen ihre Kinder bringt, um so größere Gewißheit haben wir, daß die Massen der jungen Proletarier zu Kämpfern für die Befreiung ihrer Klasse und der gesamten Menschheit heranwachsen.

Marie Chmielewski, Magdeburg.

XVI.

Die Ansichten der meisten Genossen und Genossinnen, die sich bis jetzt zu der Jugendfrage geäußert haben, stimmen darin überein, daß die sozialistische Erziehung der Jugend eine Notwendigkeit sei, daß aber die vom Genossen Krüger vorgeschlagenen Jugendheime sich nicht verwirklichen lassen würden. Ich pflichte ihnen darin bei. Auch wenn es uns gelänge, Räume, Lehrkräfte und alle Erfordernisse solcher Heime zu beschaffen, wären wir noch lange nicht über den Berg der Schwierigkeiten hinweg. Genosse Davidsohn hat mit Recht auf eine der größten davon hingewiesen. Wozu gäbe es denn in Deutschland gut bezahlte Spitzel, die unsere Erziehungsarbeit in den Jugendheimen überwachen können, und gut bezahlte Behörden, die nicht zögern werden, unseren Gründungen als staatsfeindlichen Einrichtungen das Lebenslicht auszublasen. Ferner müßten wir auch damit rechnen, daß die gut preußisch-deutsch gesinnten Lehrer und Lehrerinnen, welche für das „herrliche Kriegsheer“ und die „gräßliche Flotte“ schwärmen, alles aufbieten würden, was nur in ihren Kräften steht, um die proletarischen Kinder den Jugendheimen fernzuhalten und in ihren Seelen zu vernichten, was dort gepflegt werden soll.

Dagegen scheint mir, daß die Gründung von Jugendbildungsvereinen eher durchführbar ist. Sie sollten Knaben und Mädchen aufnehmen, die aus der Schule entlassen sind, und ihnen an mehreren Abenden wöchentlich Anregung und Belehrung bieten, welche die Sympathie für die sozialistischen Ideen weckt und die spätere gründliche Schulung in denselben vorbereitet. Selbstredend müssen diese Jugendbildungsabende von tüchtig geschulten Männern und Frauen geleitet werden, die nicht bloß geistig führen können, sondern als Persönlichkeiten vorbildlich wirken, in denen die hohe kulturelle Macht der sozialistischen Ideen lebendig ist. Vorträge, welche dem Verständnis der Jugendlichen angepaßt sind, müssen vor allem in die Natur- und Gesellschaftswissenschaften einführen. Die Lektüre hervorragender Werke der Dichtkunst, besonders auch von Dramen, und daran anschließende Besprechungen sind meiner Meinung nach vorzüglich geeignet, erzieherisch im Sinne des Sozialismus zu wirken. Der Bildungsdrang der jungen Leute selbst wird den entsprechenden Bemühungen entgegenkommen. Im Alter von 14 bis 18 Jahren ist er besonders lebendig, da fast der Geist wohl am leichtesten auf, und das Gemüt ist für alles Schöne, Große und Gute besonders empfänglich.

In Jugendbildungsvereinen können wir die geistige und sittliche Grundlage dafür schaffen, daß die Kinder der Arbeiterklasse zu kampferüsteten Proletariern und Proletarierinnen heranwachsen. Mit welcher Begeisterung werden nicht Mann und Frau für die hehren Ziele des Sozialismus kämpfen, wenn sie schon von Jugend an diesem geschworen sind und seine ganze ideale Bedeutung schätzen gelernt haben.

Wohl gibt es eine kleine Zahl glücklicher Genossen und Genossinnen, die ihre Kinder daheim im sozialistischen Sinne zu erziehen vermögen; aber den meisten Arbeitereltern fehlt es an der Zeit, sich ihren Söhnen und Töchtern widmen zu können. Darum muß die Allgemeinheit hier nachhelfend und ergänzend eingreifen. Aus der Arbeiterklasse heraus müssen Bildungsorgane für die proletarische Jugend geschaffen werden, und Genossen und Genossinnen, die über die erforderliche Zeit und Bildung verfügen, müssen sich tatkräftig an dem sozialistischen Erziehungswerk beteiligen. Es ist ihre Pflicht und wird ihnen die höchste Befriedigung gewähren.

Rosa Wolf, Köln.

Ein Nachwort zu den Verbandstagen der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen.

II.

Es gibt nur eine einzige politische Partei, welche die gesamten Klasseninteressen des Proletariats vertritt. Das ist die Sozialdemokratie. Von allen politischen Parteien ist sie es mithin allein, welche alle Gegenwarts- und Zukunfts-

forderungen der proletarischen Frauen vertritt. Sie ist die einzige Partei, die ehrlich und nachdrücklich für alle Reformen kämpft, welche diese in ihrer Eigenschaft als Glied der ausgebeuteten Klasse von dem kapitalistischen Staat, der kapitalistischen Ordnung heischt. Doch tiefer und fester noch als dadurch ist die innere Verbindung zwischen Proletarierin und Sozialdemokratie gegründet. Die Sozialdemokratie ist vor allem die einzige politische Partei, welche für die Befreiung der Proletarierin aus den Ketten des Kapitals streitet. Sie bekämpft grundsätzlich die kapitalistische Ordnung selbst, welche die Ursache der Ausbeutung und Knechtung aller Glieder des Proletariats ohne Unterschied des Geschlechts ist. Sollte das süße Gerede von der einen großen Schwesternschaft aller Frauen mehr als gedankenlose Phrasen sein, sollte hinter dem tönenden Worte die konsequente Tat stehen: so müßten die radikalsten Frauenrechtlerinnen zum Mitkampf in den Reihen der Sozialdemokratie aufrufen, der Interessenverteidigerin und Befreierin der Millionen Frauen, die den ausgebeuteten Massen angehören.

Und noch ein anderer Grund müßte die entsprechende Lösung diktiert. Das Interesse des Weibes, das nicht bloß die Gleichstellung der Geschlechter im Recht fordert, sondern vor allem eine soziale Ordnung der Dinge, welche eine Lösung der Konflikte ermöglicht, die auf dem Boden des Privateigentums, der kapitalistischen Ordnung bei sozialer und rechtlicher Gleichstellung zwischen Frau und Mann unvermeidlich emporwachsen. Die Sozialdemokratie ist in Deutschland die einzige Partei, die grundsätzlich und geschlossen für die volle Gleichheit der Rechte beider Geschlechter eintritt. Doch mehr noch und Bedeutameres. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, welche eine Gesellschaftsordnung anstrebt, in der die Frau alle Seiten ihres Wesens ohne soziale Hemmungen entwickeln und betätigen kann, in der ihrem Weibtum und ihrem Menschentum in harmonischem Nebeneinander sein Recht zu werden vermag.

In diesem geschichtlichen Zusammenhang ruht der zwingendste Grund — so sollte man meinen —, der in das Lager der sozialen Revolution jede Frau treiben müßte, die in glühendem Sehnen danach trachtet, den Menschen in sich zu befreien, ohne das Weib in sich zu knechten.

Was haben nun angesichts der aufgezeigten sozialen Verknüpfungen die Verhandlungen der frauenrechtlerischen Radikalen über die politische Betätigung der Frauen dargetan? Sie haben einmal mehr bestätigt, daß die Klassenzugehörigkeit der Damen sowohl die vielberufene Schwesternschaft mit den Proletarierinnen wie auch das höchste Fraueninteresse an einer freien Zukunft in die Knie gezwungen hat. Statt der einheitlichen, zielbewußt gegebenen und begründeten Parole, für Frauenrecht und Frauenfreiheit an der Seite der Sozialdemokratie zu kämpfen, ein verworrenes Durcheinander von Meinungen, dessen Angelpunkt die Aufforderung war, die bürgerlichen Frauen müßten sich als Hülfstruppe der liberalen Partei betätigen. Der liberalen Partei, die in ohnmächtiger Wut gegen das siegreich vorwärts bringende Proletariat dem Junkertum und der selbstherrlichen Regierung die Steigbügel hält; die Militarismus und Marinismus mitsamt der Kolonialfexerei groß zog; die Sozialistengesetz und Zollwucher gut hieß; die das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht haßt und den Wahlrechtsraub in Sachsen, Hamburg und Lübeck, die Wahlrechtsprellerei in Bayern auf dem Gewissen hat; der liberalen Partei mit einem Worte, die mit der schlimmsten Reaktion durch dick und dünn trabt, und die noch je und je mit den Interessen des gesamten Proletariats auch die der proletarischen Frau verraten hat! Und damit nicht genug: Frauen, die für ihr Recht kämpfen, wird angesonnen, der liberalen Partei zu dienen, die noch nie Stellung zur Frauenfrage genommen hat, deren übergroße Mehrheit die politische Rechtsgleichheit der Geschlechter als eitel Lorbeer verwirft und sogar die dringlichste Abschlagszahlung darauf ablehnt: ein freihändlerisches Reichsgesetz für Frauen wie Männer. Daß Gott erbarm!

Gewiß: Fräulein Heymann hat als Referentin über die Frage der politischen Betätigung der Frauen gewaltig die Wänglein zum Lobe des Liberalismus aufgeblasen. Waren nicht die bayerischen Liberalen „fortschrittlich“ genug gewesen, im letzten Wahlkampf gnädigt die Hilfe frauenrechtlerischer Damen entgegenzunehmen? In der Sonne dieses „Ereignisses“ waren die Hoffnungen auf die Belehrung und Belehrung des Liberalismus gar süßig in die Halme geschossen. Aber während unsere „Radikalen“ noch in der Erinnerung der liberalen Arme schwelgten, die sie „offen aufgenommen hatten“, applizierten ihnen liberale Beine einen außerordentlich ernüchternden kräftigen Fußtritt. Die Partei der bayerischen Liberalen, deren „Erneuerung“ die Damen dank ihres Einflusses im Geiste sehen, brachte armselige drei Stimmen für das Frauenwahlrecht auf. Aber freilich: was als Unkonsequenz der Anschauung erscheint, als klaffender Gegensatz zwischen dem Ziel und dem Wege des frauenrechtlerischen Kampfes, das enthält sich als Konsequenz der Klassenlage, das ordnet sich in geschlossener Einheitlichkeit dem bürgerlichen „Endziel“ unter: die kapitalistische Ordnung der Klassengegenstände im Interesse der ausbeutenden und herrschenden Klassen zu erhalten. Nur im Lichte dieser geschichtlich begründeten Tatsache wird es erklärlich, daß Frauen, welche die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes auf ihr Banner geschrieben haben, sich für den bürgerlichen Liberalismus begeistern, der diese Gleichberechtigung ablehnt, und daß sie die Sozialdemokratie schmähen und bekämpfen, welche dieselbe grundsätzlich vertritt.

Die markantesten Führerinnen des Verbandes für Frauenstimmrecht, Fräulein Heymann und Fräulein Augsburg, suchten den Gegensatz zur Sozialdemokratie durch Behauptung zu rechtfertigen, welche über die Unwahrscheinlichkeit hinaus di-

hart an die Grenze der Unzurechnungsfähigkeit gingen. Die letztgenannte Dame erklärte mit der ihr eigenen wagemutigen Phantasie, die Sozialdemokratie verleugne in ihren Taten prinzipiell die Rechte der Frau. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so verfliegen, äußerte sich Fräulein Heymann. Hinter die allgemeine Verdächtigung haben die eifernden Damen auch nicht eine einzige beweisende Tatsache gestellt. Wo hätten sie dieselbe auch hernehmen sollen angesichts der geschichtlichen Wahrheit?

Zugegeben, daß bei den und jenen Sozialdemokraten die Praxis hinter der Theorie von der Gleichberechtigung der Frau nachhinkt. Was aber hat dies mit der Haltung der Partei als Ganzes zu tun? Tatsache ist, daß die Sozialdemokratie nicht bloß ihrem Programm, sondern ihrem Wesen getreu überall und jederzeit für das unverkürzte Recht des weiblichen Geschlechtes grundsätzlich und geschlossen eintritt, es in ihren eigenen Reihen anerkennt und zu verwirklichen strebt. Tatsache ist ferner, daß die Partei in ihrer Gesamtheit noch stets spießbürgerliche Entgleisungen einzelner verurteilt und rektifiziert hat. Dies aber ist das Ausschlaggebende und zugleich das Gegenfällige zu allen bürgerlichen Parteien. Die Taten des Verständnisses einzelner bürgerlicher Politiker für die Frauenforderungen werden durch die entsprechenden Sünden ihrer Parteien ausgelöscht. Bei den bürgerlichen Parteien triumphiert die Rückständigkeit der Gesamtheit über die Einsicht der einzelnen; in der Sozialdemokratie wird umgekehrt die Rückständigkeit einzelner durch die Einsicht der Gesamtheit überwunden.

Die frauenrechtlerischen Verleumderinnen der Sozialdemokratie müssen denn auch aus Deutschland ins Ausland gehen, um einen Schein von Rechtfertigung ihrer Behauptungen aufzuklauben. Aber Belgien! rufen sie anklagend, Belgien! Hat dort nicht die sozialistische Arbeiterpartei bei ihrer letzten großen Wahlkampagne die Forderung des Frauenwahlrechtes zurückgestellt! Wie könnten darauf billig erwidern, daß bei aller Internationalität des kämpfenden Proletariats die einzelne Aktion irgendeiner sozialistischen Partei nicht zum allgemeinen Kriterium für die Sozialisten aller Länder gemacht werden kann. Die deutschen Frauenrechtlerinnen haben sich zunächst mit dem Verhalten der deutschen Sozialdemokratie und nicht mit dem ihrer belgischen Bruderpartei auseinanderzusetzen. Doch sehen wir davon ab. Lagern denn die Dinge in Belgien etwa so, daß sie irgend ein höheres Vertrauen der Frauenrechtlerinnen in den angeschwärmten bürgerlichen Liberalismus als in die angeleitete sozialistische Partei begründen? Mit nichten, gerade das Gegenteil trifft zu. Die belgischen Sozialisten haben die Forderung des Frauenstimmrechtes wie die Herabsetzung des Wahlalters fallen lassen unter dem Einfluß des Zusammengehens mit den Liberalen, in deren „offene Arme“ die deutschen Frauen sich stürzen sollen. Will man schon die betreffenden Vorgänge in Belgien an der Elle beschränkter bürgerlicher Frauenrechte messen, so bleibt als vornehmster Vorkämpfer für die Gleichberechtigung der Frau keineswegs der Liberalismus auf dem Plane, vielmehr der — Merkantilismus.

Aber überhaupt, welchen Sinn hat gerade in Deutschland das ganze frauenrechtlerische Gebälge von dem vorgeblich zu geringen Eifer der Sozialdemokratie im Kampfe für Frauenrechte? Die radikalen Damen mögen uns eine einzige bürgerliche Partei zeigen, die in diesem Kampfe nicht etwa mehr geleistet hat als die Sozialdemokratie, nein, seien wir bescheiden, nur annähernd so viel wie sie; sie mögen uns die frauenrechtlerische Organisation nennen, die nachhaltiger und ernster für das volle Bürgerrecht des weiblichen Geschlechtes wirkt als sie; und wir gehen ihnen das Recht zu, Steine auf die Partei des Klassenbewußten Proletariats zu werfen. Das ganze Ach- und Wehgeschrei über den prinzipiellen und praktischen Verrat der Frauenrechte durch die Sozialdemokratie ist eitel Schaumschlägerei, bestimmt, die Tatsache zu verdecken, daß auch den radikalen Frauenrechtlerinnen ihr Interesse als Glieder der bürgerlichen Klasse mehr am Herzen liegt, wie ihr Recht auf volle soziale Wertung und Befreiung als Frauen. Das ist der Sinn des plump sinnlos scheinenden Spulens.

Fräulein Heymann sprach es mit erfrischender Deutlichkeit aus, warum die Frauenrechtlerinnen zur Sammlung um den bürgerlichen Liberalismus blasen. „Die bürgerlichen Frauen können die Klassenpolitik der Sozialdemokratie nicht mitmachen.“ Das stimmt. Aber nur in politischen Kleinigkeiten wird man der Schlussfolgerung glauben, welche die Damen zwischen: daß sie als Bundesgeschwestern der Liberalen in ethischer Verklärung statt eines Klasseninteresses das Allgemeininteresse vertreten. Eine jede ernsthaft zu nehmende politische Partei treibt Klassenpolitik und muß sie treiben, solange eine Gesellschaft der Klassengegensätze besteht. Nur politische Träumer, Hansnarren und Gaukler können sich als die „Übermenschen“ gebärden, die jenseits der Klassengegensätze eine Allerweltspolitik verwirklichen. Nicht daß die Sozialdemokratie Klassenpolitik treibt, scheidet sie also von den bürgerlichen Parteien, sondern daß sie dieselbe im Interesse der ausgebeuteten Massen treibt und nicht — wie ihre Gegner — im Interesse der ausbeutenden Minderheit. Indem die Führerinnen des Frauenstimmrechtsverbandes die Werbetrömmel für den bürgerlichen Liberalismus rühren, treten sie als politische Kämpferinnen für die bürgerlichen Klasseninteressen in die Schranken. Ihre innerliche Wesensgleichheit mit dem bürgerlichen Liberalismus ist übrigens gerade gelegentlich der Berliner Tagungen recht hell in Erscheinung getreten. Von dem Jollwucher bis zur Ostmarkenpolitik — des Blotterums nicht zu vergessen — hat es keine politische Schurkerei oder Narrerei gegeben, die nicht ebenso wie soziale und politische Reformen von einer radikalen Frauenrechtlerin enthusiastisch verteidigt worden wäre. In

dem Durcheinander und Gegeneinander der politischen Meinungen haben wir die echt liberale Prinzipien- und Rückgratslosigkeit mitsamt ihrem Untergrund des bürgerlichen Wesens leidhaftig vor uns.

Nichts liegt uns ferner, als den frauenrechtlerischen Radikalen einen Vorwurf aus dem zu machen, was geschichtlich bedingt ist. Mehr noch, wir begrüßen es, daß sich allmählich in dem Chaos der ideologischen Phrasen das bürgerliche Klassenbewußtsein der Damen immer bestimmter kristallisiert. Wir wenden uns nur gegen die Falschmünzerei, die das ganz gewöhnliche bürgerliche Klasseninteresse zu allgemeinem Fraueninteresse umprägt will.

Gewiß: es sind in Berlin grundsätzliche und taktische Erwägungen gegen den bedingungslosen Treuschwur zum Liberalismus und für ein eventuelles Zusammengehen mit der Sozialdemokratie laut geworden. Aber das ändert nicht, das ergänzt nur das Bild. Man gedenke der Barth, Raumann und wie sie alle heißen die liberalen Männer, die mit etwas Kritik an dem Liberalismus und etwas Liebäugeln mit einer „gemauserten“ Sozialdemokratie die Vertretung der bürgerlichen Klasseninteressen „harmonisch“ zu vereinen verstehen. Man vergesse über den Worten nicht, daß der Verband für Frauenstimmrecht — wo er bisher in den politischen Kampf eingriff — einzig und allein für den bürgerlichen Liberalismus und gegen die Sozialdemokratie auf die Schanze getreten ist.

Von der Erneuerung des Liberalismus durch die radikale Frauenrechtelei fabulierten die tagenden Damen. Der geschichtlichen Entwicklung gegenüber sieht offenbar die Kürze ihres Blickes in umgekehrtem Verhältnis zur Länge ihrer Ohren. Denn während sie den Johannistrieb des Liberalismus in der Zukunft rauschen hören, sehen sie nicht in der Gegenwart, dicht vor ihrer Nase, die abstoßendsten Symptome seines Alters und Verwesens. Auch das ist begreiflich. Der radikalen Frauenrechtelei selbst steckt das Erbteil des Siechtums im Blute. Sie ist in Deutschland geboren worden, behaftet mit allen Merkmalen des historischen Verfalls der bürgerlichen Klassen. Statt den Liberalismus verjüngen zu können, muß sie mit ihm politisch dahintrüppeln. Das geschichtlich Lebendige verbindet sich nicht mit dem Absterbenden. Die klassenbewußten Proletarierinnen können keine Neigung spüren, sich im Hause des Todes mit den radikalen Frauenrechtlerinnen zur Schwesternschaft zu sammeln.

Die Proletarierinnen Österreichs und der Wahlrechtskampf.

Im Zeichen der unaufhaltsam vorwärts schreitenden Revolution in Russland hat auch in Österreich das Proletariat aller Nationen den Kampf um eine neue Verfassung eröffnet. Unsere Wahlrechtskämpfe sind nichts anderes als das Streben des Proletariats, die österreichische Scheinkonstitution in eine Verfassung zu verwandeln, die des Volkes Recht voll berücksichtigt. Gleich den russischen Frauen nehmen die Proletarierinnen in Österreich tätigen Anteil an dem weltgeschichtlichen Ringen. Als am Parteitag der Kampf mit allen Mitteln beschlossen wurde, erklärte Genossin Popp im Namen der Arbeiterinnen, daß auch diese bereit seien, alles hinzugeben für das Recht. Diese Worte fanden begeisterten Widerhall in den Herzen der geknechteten Proletarierinnen. Kaum fanden die ersten Demonstrationen statt, so waren Frauen in großer Anzahl dabei. Oft mußten sie stundenweit herkommen, im Dunkeln zeitig von daheim weggehen, um nur mitdemonstrieren zu können. Alle sagten begeistert: „Was wir täglich im Dienste des Kapitals tun können, das können wir auch einmal im Kampfe für unser Recht.“ Und die so sprachen, das sind nicht nur alte Genossinnen, auf die wir stets zählen konnten, wenn immer die sozialdemokratische Partei rief. Diesmal sind Arbeiterinnen aus ihrer Teilnahmslosigkeit ausgerüttelt worden, die wir bisher trotz aller Mühe und aller agitatorischer Arbeit nie zum Kampfe heranholen konnten.

Was in Österreich vor wenigen Monaten niemand für möglich gehalten hätte, wird in allen Teilen des Landes an dem Tage geschehen, wo das vom Fluche des Volkes gestürzte Parlament zu seiner letzten Arbeit zusammentreten wird, sich ein Grab zu bereiten. In den Städten und den großen Industriedörfern der Provinz wird von 10 bis 12 Uhr vormittags die Arbeit ruhen, in Wien den ganzen Tag. Die Webstühle und Maschinen werden stille stehen und die Schloten nicht mehr rauchen, weil die Arbeiterschaft es will. Männer und Frauen, Heimarbeiter und Fabrikarbeiter, die Sklaven der Industrie und des Kleingewerbes, alle werden in ihren stäubigen Arbeitskleidern erscheinen und in unabsehbaren Zügen durch die Städte und Dörfer wallen. Vor dem Parlament werden nicht nur die Proletarier Wiens, sondern auch Deputationen der Arbeiterklasse aus dem ganzen Reiche vorbeiziehen. Die gewaltige Demonstration ländert allen Volksfeinden: „Hier stehen wir in unserer ganzen Macht, wehe euch, wenn ihr zaudert oder von neuem uns ein ungleiches Wahlrecht geben wollt. Dann werden diese ruhigen Massen im Sturme nehmen, was ihr nicht geben wollt.“ Keiner wird diesen großartigen Eindruck vergessen, keiner wird nach Hause gehen, der nicht durch diese stolze Heerschau neu gestärkt in der Gewißheit unseres Sieges wäre.

Auch die Proletarierinnen werden bei dieser bedeutsamen Kundgebung nicht fehlen. Sie waren auch jetzt schon dabei, wo das Proletariat sein Recht forderte. Als die Wiener und Prager Polizei auf die demonstrierenden Arbeiter einhieb, wurden auch Frauen verwundet, manche sogar schwer. Und wenn die bürgerlichen Parteien die Wahlreform verschlechtern und wieder alle möglichen und unmöglichen

Systeme einführen wollen, nur nicht das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, dann werden die Arbeiterinnen in dem Massenstreik mitkämpfen, zu dem die Arbeiterklasse fest entschlossen ist.

Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten Freiherrn von Gautsch, daß eine Wahlreform eingeführt werden solle, haben die bürgerlichen Blätter uns geraten, wir sollten nun abrüsten. Die Arbeiterklasse Österreichs weiß, daß Ministerversprechen nicht immer gehalten werden, und ist fest entschlossen, erst Gewehr bei Fuß, wenn das Gesetz sanktioniert ist. Wir Frauen aber halten mit. Kampfpflicht ist Mutterpflicht! Wir kämpfen für die freie Zukunft unserer Kinder und um ihr Recht. Denn nur wenn unsere Männer und Brüder, unsere Väter und Söhne das Wahlrecht besitzen, wird es auch den Frauen zuteil werden.

Mähr. Schönberg.

Emmy Freundlich.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Im Auftrag des Fabrikarbeiterverbandes, Gau X, hielt Genossin Kähler-Dresden in einer Reihe von Küstenstädten Norddeutschlands Agitationsversammlungen für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Fischindustrie ab. Das Thema lautete überall: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Fischindustrie“. Versammlungen fanden statt in Lübeck, Hamburg, Altona-Ottensen, Kiel, Eckernförde, Kappeln, Harburg und Bergedorf. Im Durchschnitt erfreuten sie sich eines guten Besuchs und brachten der Organisation eine große Anzahl neuer Mitglieder. Die Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen in der Fischindustrie sind die denkbar traurigsten, wie wir später nachweisen werden. Weitere Versammlungen, von dem Fabrikarbeiterverband veranstaltet, fanden statt in Jzehoe, Kellinghusen und Pinneberg. Sie waren ebenfalls gut besucht und führten der Organisation Mitglieder zu. Hoffentlich halten alle neu gewonnenen Kämpfer und Kämpferinnen treu zum Verband, damit endlich einmal die elenden Zustände gebessert werden können, gegen welche die Organisation zu Nutz und Frommen der Ausgebeuteten kämpft. Ramentlich tut dies für die Arbeiterschaft der Fischindustrie bitter not, deren Arbeitsbedingungen zum Teil durch die Veröffentlichung der Protokolle des Beirats für Arbeiterstatistik grell beleuchtet worden sind.

Je eine öffentliche Frauenversammlung fand in Altona und Sande statt. Beide waren nur mittelmäßig besucht, hatten aber einen guten Erfolg. Es wurde eine hübsche Anzahl Abonnenten für die „Gleichheit“ gewonnen, und in Sande übernahm eine Genossin das Amt als Vertrauensperson und wird in sachgemäßer Weise die Agitation unter den Frauen pflegen.

In Verdau (Sachsen) referierte Genossin Kähler in einer von circa 900 Personen besuchten Textilarbeiterversammlung. Thema: „Die Aussperrungstaktik der Arbeitgeber“. Die Ausführungen gipfelten in der Aufforderung, sich fest dem Textilarbeiterverband anzuschließen, damit die Sehnsucht der Textilmagnaten zuchanden werde, die Arbeiter noch mehr zu knebeln als bisher. Die Debatte förderte unerhörte Zustände aus Tageslicht. Hungerlöhne und lange Arbeitszeit sind dort an der Tagesordnung, was Wunder, daß es unter den Arbeitern gärt und brodelt. Der Erfolg des Abends war: 70 Neuaufnahmen für den Textilarbeiterverband und 6 Abonnenten für das „Sächsisches Volksblatt“. Mögen die Scharmacher die Wahrheit des Sprichwortes erfahren: „Der Wind säet, wird Sturm ernten.“

In Stralsund fand Ende Oktober eine öffentliche Frauenversammlung statt, die leider trotz der umfassendsten Agitation wenig besucht war. Die Unterzeichnete behandelte das Thema: „Die Frau und der Sozialismus“. Genossin Nech wurde als Vertrauensperson gewählt. Eine kleine Anzahl Frauen bemüht sich seit langem in Stralsund, die Bewegung zu fördern, doch ist es bisher nicht geglückt, nennenswerte Erfolge zu erzielen. Die Arbeiterinnen fürchten Entlassung, sobald sie sich organisieren würden. Und doch sind die Verhältnisse so erbärmliche, daß die Organisation dringend nötig wäre. In der Spielkartenfabrik arbeiten viele Frauen und Mädchen, die mit 4 Mk. pro Woche entlohnt werden. Ähnlich sind die Löhne in anderen Betrieben. Die Genossinnen wollen nun versuchen, die Bewegung dadurch zu fördern, daß sie eine Hausagitation für die „Gleichheit“ betreiben. Ferner sollen die Frauen — da sie nicht in die Versammlungen kommen — durch Flugblätter aufgeklärt und für die sozialistischen Ideen empfänglich gemacht werden. — Die erste öffentliche Versammlung, die von den Frauen veranstaltet war, wurde kürzlich in Barth an der Ostsee abgehalten. Die Unterzeichnete sprach über: „Die Frau im Klassenkampf“. Es war eine Freude, die lebhaften, aufmerksamen Gesichter der Männer und Frauen zu beobachten, welche in dem kleinen Seestädtchen sehr zahlreich der Versammlung beiwohnten. Genossin Kirchner wurde als Vertrauensperson gewählt, die „Gleichheit“ gewann zehn Abonnentinnen. 18 Frauen zeichneten sich für einen zu gründenden Frauenbildungsverein in die Liste. — Die Arbeiterbewegung ist in dem Städtchen seit noch nicht einem Jahre in Fluß gekommen, und es pulsiert frisches Leben in ihr. Die Gewerkschaften zählen viele Mitglieder; auch der sozialdemokratische Verein ist bereits beachtenswert. Die Genossinnen haben erkannt, ein wie guter Bundesgenosse im Klassenkampf die aufgeklärte Frau ist. Sie werden daher, soviel an ihnen liegt, die Frauenbewegung fördern. Die bereits ziemlich reichhaltige Bibliothek der Genossinnen steht den Frauen zur Verfügung. Ein Glück auf den tatkräftigen Männern und Frauen!

O. B.

In Mülheim a. Rh. fand Ende Oktober eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung statt: „Die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen im 20. Jahrhundert“. Referentin war Genossin Plum-Effen. Sie schilderte ergreifend das Elend des arbeitenden Volkes und richtete die Aufforderung an alle Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, sich politisch wie gewerkschaftlich zu organisieren und so vereint mit ihren Männern und Brüdern zur Beseitigung des heutigen Unterdrückungs- und Ausbeutungssystems zu kämpfen. Der Abend vermehrte den Abonnentenstand der „Gleichheit“ um 15 Leserinnen und brachte dem sozialdemokratischen Verein eine Anzahl neuer Mitglieder. Wir hoffen, daß die Frauenbewegung in Mülheim bei fleißiger Agitation auch fernerhin gute Fortschritte macht. Frau Vacher.

Zu Kunnersdorf bei Ottendorf-Okrilla fand neulich eine Volksversammlung statt, in der sich unter den zahlreich erschienenen erfreulicherweise viele Frauen befanden. Genossin Lungwitz-Dresden sprach über das Thema: „Bete und arbeite oder arbeite und genieße?“. In klarer und leichtverständlicher Weise führte die Rednerin den Anwesenden die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch den Kapitalismus vor Augen. Am Schlusse ihrer Rede forderte sie die anwesenden Frauen auf, nicht hemmend den Männern im Kampfe um Recht und Freiheit entgegenzutreten, sondern ihrem Beispiel zu folgen und sich ebenfalls dem gewerkschaftlichen wie politischen Kampfe anzuschließen. Die Arbeiterpresse dürfe in keinem Haushalt fehlen, die bürgerlichen Blätter müßten hinaus. Allgemeine Zustimmung lohnte die trefflichen Ausführungen. Trotz Aufforderung meldete sich kein Gegner zum Worte. H. Lehmann.

In fünf stark besuchten Versammlungen nahmen die Genossinnen Hamburgs Stellung zu den noch fortgesetzten Steigen begriffenen, unerhöht hohen Fleischpreisen. Die Genossinnen Fahrenwald und Ziegler suchten die Frauen, nicht in gelegentlichen Unmutsäußerungen ihrem Jorn Luft zu machen, ob der agrarischen Auswucherungspolitik, sondern planmäßig und dauernd den Kampf gegen alle Ausbeutung und Unterdrückung zu führen als organisierte Proletarierinnen. Circa 100 neue Mitglieder wurden den sozialdemokratischen Vereinen zugeführt, 250 Abonnenten der „Gleichheit“ gewonnen. In Wandersbeck referierte in einer Frauerversammlung ebenfalls Genossin Ziegler. Es wurde eine Vertrauensperson gewählt und der Abonnentenstand der „Gleichheit“ um 120 vermehrt. L. Z.

Um die Arbeiterinnen für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen, fanden in Nürnberg Versammlungen statt, und zwar für die Textilarbeiterinnen, die Tapeziererinnen, die Bleistift- und Reißzeugarbeiterinnen, die Schularbeiterinnen, die Schneiderinnen sowie für die städtischen Arbeiter und ihre Frauen. Außerdem tagte noch eine Versammlung für die Arbeiterinnen aller Berufe mit der Tagesordnung: „Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Arbeiterinnen“. Mit größtem Interesse folgten die Anwesenden dem Vortrag der Unterzeichneten. Bei der Schilderung der erbärmlichen Arbeiterinnenlöhne und der skandalösen Zustände in vielen Werkstätten und Fabriken bemächtigte sich der Versammelten eine heftige Erregung, die sich in scharfen Worten und Pfäutruhen Luft machte. Das gesprochene Wort wurde durch das geschriebene ergänzt. Um den Eindruck des Referats lebendig zu erhalten und die Lehren desselben den Arbeiterinnen recht klar zum Bewußtsein zu bringen, gelangten 2500 Exemplare von Nr. 23 der „Gleichheit“ zur Verteilung. Die Referentin hatte in ihren Ausführungen auf die beiden Artikel hingewiesen, welche der gewerkschaftlichen Agitation dienen. Hoffentlich bleiben die Früchte der Bemühungen zur Organisation der Arbeiterinnen nicht aus. Des weiteren referierte die Unterzeichnete in Fürth — im Bildungsverein —, in Münchsberg, Helmbrecht, Bayreuth, Kulmbach und Schwarzenbach bei den Textilarbeitern und in Zirndorf bei den Metallarbeitern. In Fürth erwähnte eine Genossin die anwesenden Frauen und Mädchen, sich der Organisation anzuschließen, und sich auch politisch aufzuklären und mit ganzer Kraft für die bevorstehenden Gemeindevahlen zu agitieren. Sämtliche Versammlungen waren außerordentlich gut besucht. Sie führten den einzelnen Verbänden neue Mitglieder zu und der „Gleichheit“ eine beträchtliche Anzahl Leserinnen. Helene Gränberg.

Von den Organisationen. Der Frauen- und Mädchenbildungsverein in Mannheim, der jetzt circa 350 Mitglieder zählt, nahm in einer allgemeinen Mitgliederversammlung Stellung zum sozialdemokratischen Parteitag. Der Entscheidung ging ein Vortrag des Genossen Lehmann voraus über die Kongresse vor und nach dem Sozialistengesetz. Die Versammlung beschloß, den Verein durch eine Delegierte in Jena vertreten zu lassen. Als solche wurde einstimmig Genossin Hoffmann gewählt. Am weiteren Kreise der Frauen zur Erkenntnis ihrer Lage und zur Betätigung im öffentlichen Leben zu erwecken, fand einige Wochen danach eine öffentliche Versammlung statt, die von circa 500 Personen besucht war. Genossin Köhler referierte in packender Weise über: „Die Fleischsteuerung und die Arbeiterfrauen“. Durch den zahlreichen Besuch wie durch den prächtigen Verlauf gestaltete sich diese Versammlung zu einem gewaltigen Protest gegen die künstlich erzeugte Fleischsteuerung. Einstimmig gelangte eine Resolution zur Annahme, welche die jegliche Fleischnot als eine gewollte Folge der agrarischen Politik erklärte und im Interesse des ganzen Volkes sofortige Öffnung der Grenzen forderte. Die Versammlung ersuchte die Stadtverwaltung, unverzüglich beim Bundesrat diesbezügliche Schritte zu tun. Der Abend brachte unserer Organisation über 50 neue Mitglieder. — Neben der politischen und gewerkschaftlichen Agitation pflegt der Verein auch die Geselligkeit, um seine Mitglieder persönlich

einander näherzubringen und ihnen eine Unterhaltung zu bieten, die Geist und Herz bildet. So veranstaltete er Anfang August ein Gartenfest, an dem circa 2000 Personen teilnahmen, und das einen vorzüglichen Verlauf nahm. Nicht bloß der Erwachsenen war durch mannigfache Veranstaltungen gedacht worden, die Kleinen ergötzen sich bei einer Kinderpolonaise und Brezelverteilung. Genossin Hoffmann legte in der Festsrede in kurzen Zügen die Ziele unserer Organisation dar und richtete an alle Erschienenen die Aufforderung, nicht eher zu rasten, bis sich unsere Mitgliederzahl mit der des Vereins der sozialdemokratischen Männer messen könne. Die Genossinnen werden die Worte der Rednerin beherzigen und mit Fleiß und größter Ausdauer weiter für die Sache der Unterdrückten und Entertigten kämpfen. Marie Schüt.

Jahresbericht der weiblichen Vertrauenspersonen Berlins. In dem letzten Berichtsjahr, das am 11. Oktober 1904 begann, hat sich die Frauenbewegung in Berlin sehr gehoben. Die Genossinnen beschloßen, den Betrieb der „Gleichheit“ selbst zu übernehmen, um wirksamer für deren Verbreitung agitieren zu können. Der Erfolg blieb nicht aus. In einem halben Jahr, vom 1. Januar bis 1. Juli 1905, stieg die Abonnentenanzahl von 170 auf 700. Die Genossinnen sind fest überzeugt, daß das nächste Jahr ein noch viel günstigeres Resultat zeitigen wird, um so mehr, als sich die Genossinnen insgesamt mit Eifer und größtem Interesse an allen Arbeiten beteiligen. Im Laufe des Jahres fanden 20 große Versammlungen statt. Dieselben besaßen sich unter anderem mit dem Säuglingsschutz, dem politischen Massenstreik, dem Kinderhilfsstag, dem preussischen Parteitag und dem deutschen Parteitag in Jena. Zur besseren theoretischen Ausbildung der Genossinnen dienten Vespere. In denselben wurden sozialistische Broschüren und Abhandlungen gelesen, über die dann eine Diskussion erfolgte. Bais schon war eine Anzahl der Teilnehmerinnen imstande, selbständige kleine Arbeiten zu machen. In Zukunft sollen diese Vespere weiter ausgebaut und über ganz Berlin verteilt werden. Ferner wird beabsichtigt, den Genossinnen die Möglichkeit zur Entrichtung freiwilliger regelmäßiger Beiträge für die Partei zu geben, damit diese ihre Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie nachweisen können. Die Klassenverhältnisse waren erfreulicherweise gleichfalls recht günstig. Die Gesamteinnahmen betragen 1194,55 Mark, darunter auf Listen gesammelt 768,15 Mark, Überschuß der „Gleichheit“ 176 Mark. Die Ausgaben stellten sich insgesamt auf 1147,26 Mark, und zwar wurden für mündliche Agitation 604,77 Mark verwendet, für schriftliche Agitation 308,59 Mark usw. An den Agitationsfonds der Genossinnen konnten 233,90 Mark abgeführt werden. Die Genossinnen beteiligten sich opferfreudig an den verschiedenen Sammlungen, welche infolge von Kämpfen des Proletariats notwendig wurden. Erwähnt sei nur, daß sie für die streikenden Kohlenarbeiter im Ruhrrevier circa 500 M. aufbrachten. Wie bisher, so werden auch im neuen Arbeitsjahr die Berliner Genossinnen in der vordersten Reihe der kämpfenden Proletarierinnen stehen.

Im Auftrag der Vertrauenspersonen: Marg. Wengels. In Hamburg ist Mitte Oktober eine verdiente Veteranin der proletarischen Frauenbewegung aus dem Leben geschieden. Nach langem, qualvollem Siechtum ist der Tod als erlösender Freund zu Genossin Jallandt getreten. Eine aus dem Gedächtnis der kämpfenden Proletarier Hamburgs fast Verschollene hat man sie zur letzten Ruhe getragen. Wir aber schulden Genossin Jallandt ein Blatt dankbarer Erinnerung. Sie zählt zu den ersten begeisterten Trägerinnen der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland. Bereits Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war sie unter großen Schwierigkeiten und Opfern unermüdblich tätig, um die proletarischen Frauen aufzuklären und organisiert dem kämpfenden Proletariat zuzuführen. Sie gehörte zu den Gründerinnen und Leiterinnen des ersten sozialistischen Frauenvereins in Hamburg, stand in Fühlung mit den Genossinnen Hahn und Stegemann in Berlin und entfaltete auch in der Organisation der Genossinnen, die um die Mitte der achtziger Jahre existierte, ein rühmliches Wirken. In den schwersten Zeiten des Sozialistengesetzes hat sie sich als eine opferbereite Kämpferin für die Sache des Proletariats bewährt. Mehr als ein Berliner Ausgewiesener konnte sich in Hamburg halten, weil Genossin Jallandt und ihr Mann ihm der Polizei gegenüber den geforderten Nachweis der Existenzmittel ermöglichten. In allen Wechselfällen eines proletarischen Lebensschicksals, das der Umstände Gunst und Ungunst erfuhr, hing die Verstorbenen ihrer Überzeugung standhaft an. Bis schweres Leiden sie an das Krankenlager fesselte, nahm sie nach Kräften Anteil an der sozialistischen Bewegung. Ihr Herz gehörte bis zum letzten Schlage dem sozialistischen Ideal. Der tapferen, treuen Genossin Jallandt gebührt ein Ehrenplatz in der Geschichte der proletarischen Frauenbewegung. Sie muß von allen unvergessen sein, die für das Emporsteigen des Proletariats aus Nacht zum Licht ihre Kraft einsetzten.

Die Dichterin Klara Müller-Jahnke ist am 4. November unerwartet einer Lungenentzündung erlegen. Schmerzlich bewegt teilen wir ihren Tod den Leserinnen unseres Blattes mit, zu dessen treuen Mitarbeiterinnen sie gehörte. Klara Müller-Jahnke war ein starkes Talent und ein starker, reiner Charakter. Unter den härtesten äußeren und inneren Lebenskämpfen hatte sich diese Tochter eines Pfarrers aus der Gebundenheit bürgerlichen Lebens und Denkens zu geistiger Freiheit durchgerungen. Dem Dienst der Freiheit war ihr künstlerisches Können geweiht. Die reichbegabte Dichterin war eine überzeugte Kämpferin des Klassenbewußten Proletariats. Wir behalten uns vor, in einer späteren Nummer zusammen mit den letzten Gedichten, die uns Klara Müller-

Jahnke für die „Gleichheit“ geschickt hat, eine eingehende Würdigung ihrer Persönlichkeit und ihres Wertes zu geben. Für heute begnügen wir uns mit diesem schlichten Reis dankbarer Verehrung, das wir an ihrem Grabe niederlegen.

Politische Rundschau.

Am 28. November tritt der Reichstag zusammen, wiederum möglichst verspätet. Die Regierung trägt gar kein Verlangen, die Vollvertreter wiederzusehen. Zwar ist die überwiegende Mehrzahl der Reichsboten militärfromm und marinegläubig bis auf die Knochen, aber es sind doch einige Duzend böseartige sozialdemokratische Heher unter ihnen, die den amtierenden Bureaufkraten das Leben sauer genug machen. So lange wie möglich geht ein vorsichtiger Reichszanzler deshalb der Aussprache aus dem Wege. Haben er und seine Kollegen doch viel zu viel auf dem Kerbholz. Rechenschaft wird von ihnen verlangt wegen der Fleischnot, Rechenschaft wegen der törichtsten weltpolitischen Spielereien. Es ist doch zu fatal, wenn einem Bureaufkraten die schöngeölte diplomatische Frisur von den rauhen Proletarierfäusten zerzaust wird. Aber einmal muß es doch geschehen. Das Budget muß die Regierung bewilligt erhalten. Dazu muß der Reichstag zusammenberufen werden. Wenn es aber sein muß, dann so spät wie möglich, damit für allgemeine politische Erörterungen, damit für Rechenschaftsforderungen möglichst wenig Zeit übrig bleibt.

Den unangenehmen Auseinandersetzungen wegen ihrer bisherigen politischen Missetaten gefellt die Regierung nur aber noch herausfordernd eine neue Frage hinzu, indem sie mit einer Flottenvermehrung vor den Reichstag tritt.

Die Regierung handelt nach der alten bekannten weltmännischen Profitmacherregel: „Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr“. Der deutsche Michel seufzt und stöhnt über schlechte Zeiten und unerträgliche Steuerlasten. Die Regierung läßt ihm neue Lasten auf, vertraut sie doch auf seine unerschöpfliche Geduld. Ihre Weltpolitik hat nämlich Fiasko gemacht. Im russisch-japanischen Krieg ist ihr treuer Freund, der Zar, elend gerlappt worden; seine Flottenmacht ist in Atome zerschellt. Dabei ist auch Deutschlands Zukunftsspekulation auf eine ostasiatische Machtstellung auf Nimmerwiedersehen ins Wasser gefallen. Aber das sieht unsere Phantasiopolitiker am Reichssteuerer nicht an. Nun gerade! sagen sie mit dem beliebten Bureaufkratenwort. Größer muß die Flotte werden, immer größer, bis sie allen möglichen Feinden gewachsen ist. Wichtig ist denn auch eine neue Flottenforderung in Bülow's politischem Laboratorium zusammengebracht.

Das Flottengesetz von 1906 fordert in Ergänzung des Flottengesetzes vom 14. Juni 1900 sechs neue große Kreuzer. Die Kosten für diese schwimmenden Panzersärge belaufen sich insgesamt auf nicht weniger als 165 Millionen Mark. Das sind aber nur die einmaligen Kosten für Bau und Ausrüstung. Die laufenden Ausgaben vermehren sich natürlich auch entsprechend. Der Mehrbedarf an Personal für diese sechs neuen großen Schiffe beträgt insgesamt an Offizieren und Mannschaften 5833 Köpfe. Außerdem sind aber auch noch andere Vermehrungen des Personals vorgesehen. Die Gesamtwirkung aller dieser Neuerungen auf den Jahresetat ist die, daß der Etat für 1906 auf 252.860.000 Mark steigt oder gegen das Vorjahr um 19,43 Prozent, rund also 20 Prozent mehr. Rund 40 Millionen Mark Steigerung gegen den vorjährigen Etat.

Und das in einer Zeit der Fleischnot, in einer Zeit, in der alle Beamten Leuerungszulagen verlangen, in der das Volk noch unter den Nachwehen einer wirtschaftlichen Krise leidet! Doch, was sieht diese Salonpolitiker das Leiden des Volkes an! Sie wollen gehörig mit dem Säbel rasseln können, wenn sie mit dem Erbfeind und dem Erbfeind zum „hohen Rat der Völker“ zusammenkommen. Kosten kann es, was es will. Nicht sie, das Volk muß die Fische bezahlen. Doch wir brauchen diesen kranpfasten weltpolitischen Flottenvergrößerungsplänen gar nicht einmal vom Standpunkt des steuerzahlenden Volkes ins Gesicht zu leuchten, um ihren Widerspruch zu erweisen. Es genügt, sie an der Hand der wirtschaftlichen Entwicklung des kapitalistischen Deutschlands auf ihre Wirkungen zu prüfen. Diese fieberhaft betriebene Schlachtflottenvermehrung Deutschlands hat nur dann einen Sinn, wenn man sich auf einen großen Seekrieg um wirtschaftliche Ausbeutungsmonopole vorbereitet. Dabei könnte nur England als Gegner für uns in Betracht kommen. England ist uns aber nicht nur jetzt im Bestand der Kriegsschiffe weitaus überlegen. Es hat auch alle Hilfsmittel in weitaus höherem Maße zur Verfügung wie Deutschland, um für alle Schiffsbauten, die wir unternehmen, stets doppelt so viele seinerseits auf den Stapel zu legen. Bei dem Wettrennen zur See werden wir also stets im Hintertreffen bleiben. Es kann uns gar nicht gelingen, die Engländer zur See an Machtmitteln zu übertreffen. Wenn man aber mit einer zwei- bis dreifach geringeren Macht in den Krieg zieht, sei es zur See, sei es zu Lande, so helfen alle schönen Pöfen, alle schönen Meden, Volddampf voraus, nicht einen Pfifferling. Der liebe Herrgott ist immer, wie Napoleon einmal sagte, auf der Seite der stärkeren Bataillone oder der stärkeren Geschwader.

Also angenommen, selbst eine solche aggressive Weltmachtpolitik zu Wasser wäre nützlich, wenn sie überhaupt erfolgreich sein könnte — wir Sozialdemokraten meinen allerdings, daß sie auch dann nur Schaden stiften kann —, so ist es doch offenbar Torheit, sie zu betreiben, wenn nüchternere Erwägung uns klärt, daß sie mit einer schmachvollen Katastrophe enden muß, wenn ihr nicht endlich Einhalt geboten wird.

Einige Kapitalisten werden dabei ihr Schäfchen ins Trockene bringen. Die Panzerplattenpatrioten sind stets be-

geisterte Anhänger und Förderer auch der wahnwitzigsten Weltmachtpolitik. Sie heimsen so viel ein vor dem Krache, daß sie nachher von ihrem Fette zehren können. Aber ihr Geschäft blüht auch dann weiter. Macht der deutsche Michel bankrott, dann verkaufen sie an John Bull oder Bruder Jonathan oder an Nikolausens selige Erben. Bares Geld lacht stets in den Trüben von Krupp, von Gruson und von Stumm. Aber die große Masse der industriellen Unternehmer, die nicht gerade Nordwesten fabrizieren, die hat unter einem weltpolitischen Krach Deutschlands auch zu leiden, kaum minder als die große Masse des Volkes, das Gut und Blut für die verderbliche Politik der gepanzerten Häufte hergeben muß.

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands verlangt nicht nach kolonialen Eroberungen, nicht nach diplomatischen Künsteleien, nicht nach einem Wettrüsten zu Wasser und zu Lande. Sie verlangt nur freien Spielraum zur Entfaltung ihrer Kräfte daheim und im Ausland. Alles, was unsere Regierung tut, ist aber darauf angelegt, diese wirtschaftliche Entwicklung zu hemmen, ihr Fesseln anzulegen. Sie belastet das Volk mit übermäßigen Abgaben und sperrt es dafür in Zollschranken ein, um die ausländische Konkurrenz von unseren Grenzen fernzuhalten, ohne zu erwägen, daß dadurch die Hemmung der Wirtschaftsentwicklung nur verschlimmert wird. Sie übertrumpft dann diese Hemmungspolitik im Innern noch durch eine gespreizte Weltmachtpolitik, die gütigstfalls dem deutschen Volke schwere, dauernde Opfer auferlegt, ohne jemals einen wirklichen Nutzen durch Hebung der eigenen Wirtschaftsentwicklung zu bringen.

Sie wird jetzt Rechenschaft abzulegen haben für ihr Getue. Mag auch die Mehrheit des Reichstags ihr schühend zur Seite stehen, die Sozialdemokratie wird ihre Pflicht, die Stimme des Volkes zur Geltung zu bringen, im ausgiebigsten Maße erfüllen. Wie auch die Abstimmungen ausfallen mögen, die sozialdemokratische Kritik wird Widerhall finden im Volke und den Sturz der Mißwirtschaft des agrarisch-weltpolitischen Zirkels vorbereiten. G. L.

Genossenschaftliche Rundschau.

Die Rettung des Mittelstandes hat wieder einen Schritt vorwärts gemacht. Die Stadtverordnetenversammlung in Dresden, bekanntlich eine der engherzigsten Vertretungen fleischer Eigenschaft und Rückständigkeit, hat eine Umsatzsteuer beschlossen, die den kleinen Detailhandel vor seinen jüngeren, aber wesentlich größeren Brüdern: Großgeschäft, Filialgeschäft und Warenhaus, vor allem aber vor den verhassten Konsumvereinen schützen soll. Daß dabei der Logik Gewalt angetan und der genossenschaftliche Betrieb, der gar kein Erwerbsgeschäft, sondern nur der erweiterte Haushalt seiner Mitglieder ist, als kapitalistisches Unternehmen angesehen und besteuert wird, stört die kleinen Geister der Krämerpartei natürlich nicht; noch weniger, daß dabei Zehntausende der Armen und Kränksten willkürlich im scheinbaren Interesse der Kleinhandlender eines erheblichen Teiles ihrer Ersparnisse beraubt werden. Die Begründung der Vorlage läßt deutlich durchblicken, daß ihre Macher sich gar keinen wirklichen Erfolg davon versprechen, vielmehr nur dem Mittelstand, der bei Wahlen und patriotischen Veranstaltungungen ganz brauchbar ist, ihren „guten Willen“ beweisen wollen. Die Umsatzsteuer, die mit dem kommenden Jahre ins Leben tritt, beginnt mit einem Satz von einem Zehntelprozent des Umsatzes und steigt, der Ausdehnung des Betriebs entsprechend, bis auf zwei Prozent, die der Konsumverein „Vorwärts“, einer der größten und leistungsfähigsten Deutschlands, wird zahlen müssen. Insgesamt wird die neue Steuer den fünf Konsumvereinen Dresdens zu den alten eine neue Belastung von rund 140000 Mk. im Jahre bringen; fast ein Fünftel der Ersparnis wird vom Steuerfiskus konfisziert. Die politische Wirkung dieses planmäßigen Plünderungszugs gegen die Taschen der Armen liegt auf der Hand. Was die Konsumvereine selbst anbetrifft, so bedeutet er für sie die Nötigung zu immer energischerer und geschlossenerer Entfaltung der im genossenschaftlichen Zusammenschluß ruhenden gewaltigen organisatorischen und wirtschaftlichen Macht. So wird ihnen auch dieser Angriff zum Heile dienen.

Die Dresdener Konsumvereine zeigen inzwischen ein weiteres gesundes Wachstum. Das am 30. Juni 1906 abgelaufene Geschäftsjahr ergab für die vier im Stadtgebiet ansässigen Vereine 39449 (im Vorjahr 38393) Mitglieder, einen Umsatz von rund 11543000 (i. B. 10735000) Mk. und einen Reinerlös von 1065000 (i. B. 994000) Mk. Die Mitgliederzahl ist trotz der behördlichen Belästigung um rund 3, der Umsatz um 7 1/2, der Überschuss um 7 Prozent gestiegen. 77 Verkaufsstellen, 2 Bäckereien mit 12 Doppelöfen waren im Betrieb; 590 Personen, wovon 393 weibliche, wurden beschäftigt. An Steuern wurden 91000 Mk. bezahlt, wozu nun noch das Aderthalbsache als Umsatzsteuer hinzukommt. Hoffentlich bewirkt der neueste Angriff einen gewaltigen Aufschwung von Mitgliederzahl und Umsatz. Staat und Gemeinde zwingen ihre Arbeiter zum Austritt, um so mehr ist es Ehrensache der unabhängigen Arbeitererschaft, die heute schon über neun Zehntel der Mitglieder stellt, ihre Genossenschaften mit aller Kraft zu entwickeln!

Der Verbandstag der österreichischen Konsumvereine, der, wie gewöhnlich, von den Vertretern der gewerkschaftlichen wie der politischen Arbeiterbewegung warm begrüßt wurde, beschloß die Errichtung einer Großeinkaufsgesellschaft, zu der schon 154 Vereine ihre Zustimmung erklärt und 105 ein Kapital von 66300 Mk. gezeichnet haben — das ist erheblich mehr, als der deutschen

Großeinkaufsgesellschaft zu Anfang zu Gebote stand. Der Verband umfaßte Ende 1904 299 (Anfang September dieses Jahres schon 343) Vereine mit 91700 Mitgliedern und 21 1/2 Millionen Mark Umsatz. Es geht auch dort kräftig vorwärts.

Die sozialistischen Genossenschaften Belgiens zählten nach einer in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ gegebenen Zusammenstellung Ende 1904 173 Konsumvereine und 25 Produktiogenossenschaften. Davon betreiben 25 nur die Brotversorgung, 50 die Bäckerei und das Kolonial- sowie das Manufakturwarengeschäft, teilweise auch das Schuhgeschäft, die übrigen 123 nur den Warenvertrieb. Insgesamt zählten sie etwa 100000 Mitglieder, entsprechend 7 Prozent der gesamten Einwohnerschaft, mit einem Gesamtumsatz von rund 40 Millionen Franken, wovon über die Hälfte auf Bäckereiprodukte entfallen. An der Spitze stehen das „Volkshaus“ in Brüssel mit 20000 Mitgliedern und 5 Millionen Umsatz, „Fortschritt“ in Jolimont mit gleichfalls 20000, „Eintracht“ in Roux mit 12000 und „Vorwärts“ in Gent mit 7000 Mitgliedern. Diese Genossenschaften stehen in enger Verbindung mit der sozialistischen Partei. Unentwidelte ist die Großeinkaufsstelle des Verbandes, die nur 1633000 Frs. umsetzte.

Was bietet der Konsumverein der Arbeiterfrau? Unter diesem Titel hat Genossin Gertrud David ein Verbeschrißten verfaßt, das in klarer und wirksamer Sprache die Bedeutung der genossenschaftlichen Selbsthilfe, namentlich für den Arbeiterhaushalt, darlegt. Das illustrierte Büchlein wird von der Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* zum billigen Preise von 5 Mk. für 100 Exemplare vertrieben und ist zur Aufklärung den Vereinen zu empfehlen. Simon Kayenstein.

Notizenteil.

Der Kampf in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie.

Der durch den Übermut der Textilprogen so leichtfertig herbeigeführte Kampf in der Textilindustrie hat mit der Aussperrung der Färberei- und Appreturarbeiter sich weiter zuspitzt. Mehr als 35000 Arbeiter sollen durch den Hunger firre gemacht werden. Es ist natürlich, daß die Folgen dieses Kampfes über die Textilindustrie hinaus das ganze Geschäftsleben des Kriegsgebietes schwer schädigen. Das Weihnachtsgeschäft ist in allen beteiligten Orten völlig verdoeben; in Greiz liegt das ganze Wirtschaftsleben brach. Die Unternehmer ändern ihre Haltung nicht, trotz der riesigen Verluste, die sie erleiden, und obgleich sie wissen, wie leicht sie den Frieden herbeiführen könnten. Jede Verhandlung mit den Arbeitern lehnen sie grundsätzlich ab. Eine Zusammenkunft der Bürgermeister der betreffenden Orte, welche über Einigungsvorschläge der geschädigten Geschäftsleute beraten sollte, konnte nicht stattfinden, weil die Fabrikanten schon vor der Tagung dem Oberbürgermeister von Gera erklärten, daß sie auf keinen Fall Zugeständnisse machen würden. Für sie kommt es eben nur darauf an, die Arbeiterorganisation zu zerschmettern und alle auch noch so geringen Ansätze zum Tarifwesen zu beseitigen. Das lassen sie mit zynischer Offenheit auch immer wieder erklären. Mit brutaler Gewalt will das verbandete Schlotjunkerium die Arbeiter unter sein Joch zwingen. Daß ihm das nicht gelingt, dafür muß, wenn nötig, das gesamte Proletariat Deutschlands sorgen. Und es wird das tun. Es wird anders empfinden als das Ministerium in Gera, welches das Geseuch des Gewerkschaftskartells, für die Ausgesperrten Geldsammlungen veranstalten zu dürfen, mit dem Bemerkten ablehnte, daß es den Arbeitern sehr wohl möglich wäre, die Arbeit wieder aufzunehmen. Wenn es die Hilfe der deutschen Arbeiterklasse ermöglicht, auch an die Nichtorganisierten Unterstützungen auszahlen zu können, so daß die Not nicht ihre Geißel über sie schwingt, so dürfen die Ausgesperrten auf einen siegreichen Ausgang des Kampfes hoffen.

Nachdem die organisierten Unternehmer der sächsisch-thüringischen Webindustrie Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen brotlos auf Pfaster geworfen haben, fällt das bürgerliche Preßgesindel über den Textilarbeiterverband und seine Leitung her und bemüht sich sogar, die Aussperrung den Führern der Sozialdemokratie an die Rockschöße zu hängen. Das tat unter anderen auch das „Reichenbacher Tageblatt“, welches sich keine Gelegenheit entgehen läßt, die Arbeitererschaft mit Rot zu bewerfen. Und doch mußte es zugestehen, daß eine kurze Verhandlung mit der Organisation den Kampf vermieden hätte. Aber nicht Verständigung mit der Organisation, ihre Vernichtung wollen die Unternehmer. Der Verband soll den Arbeitern nicht sagen können: das habt ihr eurer Organisation zu verdanken! Wie über die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter, so ergießt sich auch über ihre politische Vertretung, die Sozialdemokratie, der giftige Haß der bürgerlichen Welt. Unser „gutgesinntes“ Blättchen schreibt: „Von der deutschen Industrie jeder Branche muß die Sozialdemokratie, die mit ihrer zerschneidenden Hand in alle Fugen greift, mit allen Mitteln ferngehalten werden, losse es, was es wolle! Der Sächsisch-Thüringische Webereiverband wird es für seine vornehmste Aufgabe halten, in seiner Industrie die Organisation zu bekämpfen, zum Wohle der Arbeiter nicht in letzter Linie.“ Die Unternehmer haben alles mögliche versucht, damit am 6. November diejenigen, welche sie eine Woche vorher auf die Straße geworfen hatten, wieder in die Betriebe kamen. Es wurde mit einer Liste geprahlt, auf welcher sich viele Weber bereit erklärt haben sollten, wieder zu arbeiten. Ver-

geblich warteten die Unternehmer auf die vielen Arbeitswilligen. Nun gingen Meister, Buchhalter oder sonstige Angestellte auf die umliegenden Dörfer und drohten den Arbeitern damit, daß ihre Stühle besetzt würden, wenn sie nicht anfangen zu arbeiten. Auch das half nichts. Es fanden sich in Reichenbach ungefähr 150 Arbeitswillige, wovon fast die Hälfte auf die Firma Dörfel entfiel, bei welcher zum Teil schon die im Tarif geforderten Löhne gezahlt werden. Den Arbeitswilligen wurde von den Unternehmern für die Zeit der Aussperrung eine Entschädigung in Aussicht gestellt, welche die vom Verband der Textilarbeiter gezahlte Unterstützung übertrifft. Bis jetzt hat auch das nicht gezogen. Die Zahl der ausgesperrten Weber und Weberinnen beträgt in Reichenbach 560, davon sind 203 mit 294 Kindern unterstützungsberechtigt. Seit 11. November sind 391 Färberei- und Appreturarbeiter ausgesperrt, und zwar 271 männliche und 60 weibliche mit 322 Kindern. Es scheint, die Unternehmer wissen nicht, was sie in ihrer Willkür und ihrem Haß gegen die „verhehten“ Arbeiter tun sollen. Sie haben Aufträge, überall drängt die Arbeit, und doch lassen sie sich nicht zu Unterhandlungen herbei. Es gehen Gerüchte um, daß auch die Arbeiter der Streichgarn- und Baumwollenbranche ausgesperrt werden sollen. Nach einem anderen Gerücht sollen die Betriebe am 23. November geöffnet werden. Jedenfalls wird die organisierte Arbeiterschaft dafür sorgen, daß sich Arbeitswillige nicht finden. Das Gewerkschaftskartell hat Sammellisten am Orte verteilt, um die nicht organisierten Ausgesperrten unterstützen zu können, damit sie von der größten Not verschont bleiben und nicht zu Streikbrechern werden. Die Unternehmer mögen tun, was sie wollen, es wird ihnen nicht gelingen, den Verband der deutschen Textilarbeiter zu vernichten. Die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands, welche den Textilarbeitern schon so oft ihre Solidarität bewiesen hat, wird auch bei diesem Kampfe ihren kämpfenden Brüdern und Schwestern in Sachsen und Thüringen hilfreich und getreu zur Seite stehen. P. G.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Die Stellung der österreichischen Genossinnen zum politischen Massenstreik wird durch die Erklärungen der Genossinnen Popp und Mach auf dem jüngsten Gesamtparteitag der Sozialdemokratie in Österreich charakterisiert.

Genossin Popp-Wien sagte: Wenn es auch gestern nicht möglich war, die Frauen zur Demonstration in größerer Zahl zu mobilisieren, so wissen Sie doch alle, die die Verhältnisse kennen, daß an dem Tage, wo der Massenstreik beginnt, nicht nur die in den Fabriken beschäftigten Frauen an Ihrer Seite stehen werden, sondern daß wir auch alles tun werden, damit auch die Frauen, die in ihrem Heime als die Erzieher ihrer Kinder arbeiten müssen, Ihnen nicht fernmüssen, sondern Mitspreiterinnen und verständnisvolle Genossinnen seien. (Lebhafte Beifall.) Die Bürgerlichen mögen sich auf den bekannten Konservatismus der Frauen nicht verlassen; die Frau ist weniger revolutionär als der Mann, aber wenn sie einmal von der revolutionären Leidenschaft erfaßt ist, dann ist sie viel ausdauernder als der Mann. So sehr wir uns bewußt sind, daß das gleiche Recht, für das wir kämpfen, auch das Recht der Frau in sich schließt, sind wir mit Ihnen einer Meinung, daß der Augenblick des großen Kampfes, der jetzt gekommen ist, nicht dazu angetan ist, das gleiche Recht der Frau in den Vordergrund zu stellen. Wir sind aber überzeugt, daß die von der politischen Knechtschaft befreiten Männer, die sieghaften Männer des Proletariats, die ersten Vorkämpfer und ersten Vorkämpfer für das gleiche Recht der Frauen sein werden.

Genossin Mach-Prag führte aus: Auch die Frauen sind rechtlos wie ihr, ja, wir sind es zweifach. Das politische Leben ist uns ganz verschlossen. Wir kämpfen mit euch für eure Rechte, weil wir wissen, daß ihr, wenn ihr gesiegt habt, für unsere Rechte kämpfen werdet. (Beifall.) Wir haben an der Wahlrechtsdemonstration in Prag mit euch gekämpft, und die Nachrichten aus Rußland sagen, daß die Frauen auch in den Straßenkämpfen getreue Genossinnen waren, daß ihr Blut wie das der Männer von den Schergen vergossen wurde. Wir werden kämpfen und wir werden unseren Frauen zum Bewußtsein bringen, wie wichtig dieser Kampf ist. Aber wir bitten euch, daß, wenn ihr zu eurem Rechte kommt, ihr uns beiseitigen helft unsere Rechtlosigkeit, die uns auf eine Stufe mit Wahnsinnigen und Verbrechern stellt.

Quittung.

Für den Agitationsfonds der Genossinnen gingen bei der Unterzeichneten im Monat Oktober ein: Von Genossin M. G., Berlin, Honorar für einen Artikel, aus Stuttgart überwiefen 10 Mk., aus Callenberg-Dichtenstein durch Gen. Held 6 Mk., Straßburg i. Els. durch Genossin Felme 15 Mk., Karlsruhe durch Genossin Diez 10 Mk., Mannheim durch Genossin Hoffmann 20 Mk. und von den Genossinnen durch dieselbe 30 Mk., Hamburger Genossinnen durch Genossin Zick 100 Mk., Berliner Genossinnen durch Genossin Klotzsch 100 Mk., Gästrow (Medlb.) durch Genossin Fr. sch. 5 Mk. Summa: 296 Mk.

Dankend quittiert:

Ottilie Baader, Berlin S 53, Blücherstr. 49, Post 11, Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands.

Berichtigung.

Der Bericht der Magdeburger Genossinnen in Nr. 23 enthält einen Druckfehler. Die Genossinnen brachten für die streikenden Bergarbeiter nicht 17,30 Mk. auf, sondern 127,30 Mk.

* Hamburg, Gröningerstr. 24/25.

